

761 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XV. GP

Bericht des Bautenausschusses

über die Regierungsvorlage (722 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Wohnungsverbesserungsgesetz geändert wird

Der vorliegende Gesetzentwurf bezweckt angesichts der Tatsache, daß der qualitative Wohnungsfehlbestand nach wie vor eines der Hauptprobleme auf dem Wohnungssektor darstellt und das dem Abbau dieses Fehlbestandes dienende Wohnungsverbesserungsgesetz mit Ende 1981 auslaufen würde, vor allem die unbefristete Verlängerung des Wohnungsverbesserungsgesetzes. Ein weiteres Ziel der gegenständlichen Vorlage ist es, eine Einkommensgrenze einzuführen, wie sie im Bereiche der Wohnbauförderung schon besteht. Die Förderung der Verbesserung von Klein- und Mittelwohnungen und von erhaltungswürdigen Wohnhäusern soll daher unter Konzentration auf die einkommensschwächeren Bevölkerungskreise ohne zeitliche Beschränkung fortgesetzt werden.

Weinberger
Berichterstatter

Der Bautenausschuß hat diese Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 4. Juni 1981 in Verhandlung genommen. Nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten **Vetter**, **Babanitz**, **Probst**, **Dr. Schwimmer** und **Kittl** sowie der Ausschußobmann Abgeordneter **Dipl.-Kfm. Dr. Keimel** und die Frau Staatssekretär **Dr. Beatrix Eypeltauer** beteiligten, wurde die gegenständliche Regierungsvorlage teils einstimmig, teils mit Mehrheit angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Bautenausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (722 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 1981 06 04

Dipl.-Kfm. Dr. Keimel
Obmann